

# GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

1/2016 76. Ausgabe

## Lösungen für Menschen, die fliehen müssen

Interview mit Anny Knapp, Obfrau der *asylkoordination österreich*



Moritz Reithmayr im Gespräch mit Anny Knapp, Obfrau asylkoordination österreich im August 2016

Kaum ein anderes Thema erhält von den österreichischen Medien und PolitikerInnen derzeit so viel Aufmerksamkeit wie Migration und Flucht. In diesem Interview beurteilt Anny Knapp, Obfrau der *asylkoordination österreich*, Asylgesetzgebung und Integrationspolitik der österreichischen Bundesregierung, erklärt, welche Maßnahmen AsylwerberInnen wirklich helfen würden und stellt Patenschafts- und Pflegeprojekte vor, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) die ersten Schritte zurück in ein normales Leben ermöglichen.

**GEDENKDIENTST:** In den letzten drei Jahren kam es immer wieder zu tiefgreifenden gesetzlichen Veränderungen im österreichischen Asylsystem. In welcher gesetzlichen Änderung sehen Sie als Expertin für Asylrecht den gravierendsten Einschnitt in den Rechten und dem Leben von AsylwerberInnen?

**Knapp:** Ich glaube, dass die letzte Novelle mit dem *Asyl auf Zeit* [die im Juni 2016 in Kraft trat, A.d.R.] den weitreichendsten Einschnitt darstellen dürfte, weil sie eben nur ein befristetes Aufenthaltsrecht für AsylwerberInnen ausgesprochen hat und die Möglichkeiten, Familien nachzuholen sehr eingeschränkt wurden. Der andere Aspekt dieses Gesetzespakets ist die Notverordnung, welche im Moment noch nicht Realität ist. Es ist ein wenig schwierig abzuwägen, ob so eine Verordnung tatsächlich heuer noch kommen wird oder nicht. Falls diese tatsächlich kommt, wäre sie wahrscheinlich noch gravierender als die *Asyl auf Zeit*-Regelung.

**GEDENKDIENTST:** Was bedeutet das für die Integration von Asylwer-

berInnen, wenn sie nur ein befristetes Aufenthaltsrecht von drei Jahren zugesprochen bekommen, welches nach Ablauf dieser Zeit gegebenenfalls auf ein unbefristetes Aufenthaltsrecht umgewandelt wird?

**Knapp:** Die Auswirkungen auf die Integration sind durchwegs negativ, weil es natürlich für die Flüchtlinge sehr wichtig ist, sich psychisch zu stabilisieren. Solange sie keine Aufenthaltssicherheit haben, bleibt diese psychische Stabilisierung auf der Strecke. Psychische Stabilisierung ist aber eine Voraussetzung dafür, dass sie sich erfolgreich integrieren können. Wenn wir uns den Zugang zum Arbeitsmarkt anschauen, den Erwerb von Sprachkenntnissen, hat das eben auch sehr viel mit persönlicher Befindlichkeit zu tun. Im Bereich des Wohnungsmarkts wird die Integration dadurch erschwert, da es schwierig ist, für Menschen ohne dauerhaftem Aufenthaltsrecht einen adäquaten Mietvertrag zu bekommen. Viele VermieterInnen wollen die Sicherheit haben, dass jemand nicht nach einem Jahr wieder weg ist. Auch ArbeitgeberInnen tun sich schwer, jemanden ohne Gewissheit anzustellen, dass diese Person dauerhaft in Österreich bleiben darf.

**Wenn es in diesen gesetzlichen Änderungen scheinbar nicht darum geht, die Integration zu fördern, was meinen Sie, was für Ziele verfolgt die Regierung dann mit diesen Gesetzgebungen?**

Ich meine, dass bei dieser Novelle mit dem *Asyl auf Zeit* nur zwei Ziele im Vordergrund stehen: Einerseits will man den Flüchtlingen selbst signalisieren, dass Österreich kein Land mit *Willkommenskultur* ist. Allerdings geht man hier von der falschen Annahme aus, dass Flücht-

linge bereits vor ihrer Flucht über das gesamte Sozialsystem, den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die Sozialleistungen, etc. Bescheid wissen. Das zweite ist wohl eher dieser innenpolitischen Konstellation zu zuschulden, dass wir mit der FPÖ eine sehr starke rechte Partei haben, die dieses Thema schon seit Jahren puscht und mit diesem Thema auch erfolgreich WählerInnenstimmen anzieht. Hier versucht die Regierung sozusagen restriktiver als der Schmied zu sein.

**Heißt das also, dass es in der Politik der österreichischen Bundesregierung Spannungen gibt zwischen dem Wunsch, Flüchtlinge zu integrieren auf der einen Seite und der Absicht, ihre Zahl durch Abschreckung möglichst niedrig zu halten auf der anderen Seite?**

Für die Regierung ist das nicht unbedingt ein Widerspruch – zumindest wird das so kommuniziert. Sie meint, man könne eine gewisse Anzahl an Flüchtlingen durchaus aufnehmen und auch integrieren, aber es gäbe irgendwo eine magische Grenze, wo die Aufnahme- und Integrationskapazitäten erschöpft sind. Diese sogenannte ‚Obergrenze‘ wurde auf 37.500 Personen festgesetzt, wobei nicht unbedingt nachvollziehbar ist, warum sie gerade bei dieser Zahl angesetzt wurde. Das ist einfach eine Größe, von der die Bundesregierung annimmt, dass sie verkraftbar sei. Meiner Meinung nach kommt es eher darauf an, eine gute Aufnahme und Integration von Anfang an zu ermöglichen. Wenn wir einen fortlaufenden Integrationsprozess hätten, anstatt der Anforderung an vielfältige Integrationsleistungen erst nach Zuerkennung

**Fortsetzung auf Seite 2**

## Inhalt

Wien als Transitstadt sowjetisch-jüdischer Migration .....	3–4
„Living in Malta without documents is like walking in a roundabout all the time.“ .....	4–5
Rede anlässlich der Gedenkfeier des Novemberpogroms am Aspengbahnhof in Wien. ....	6
Post aus ... ..	6
vor.gelesen   Rezensionen .....	7
Ankündigungen und Veranstaltungshinweise .....	8

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Flucht und Asyl sind aufgrund der derzeitigen Kriege und krisenhaften Auseinandersetzungen allgegenwärtige Themen. Der Verein GEDENKDIENTST greift diesen Schwerpunkt auf und beschäftigt sich damit in der vorliegenden Ausgabe aus gegenwärtiger und historischer Perspektive. Im Interview mit Moritz Reithmayr skizziert Anny Knapp die Arbeit sowie Projekte des Vereins *asylkoordination österreich* und geht auf die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ein. Ruth Orli Moshkovitz beleuchtet Wien aus der Perspektive als Transitstadt sowjetisch-jüdischer Migration Ende der 1960-er Jahre. Sie arbeitet einerseits die günstige geografische Lage und politische Neutralität Österreichs heraus und thematisiert andererseits die Positionierung der österreichischen Politik, vor allem Bruno Kreisky, sowie die Involvierung verschiedener jüdischer Migrations- und Hilfsorganisationen. In darauffolgendem Beitrag beschäftigt sich Sarah Nimführ mit Malta als Raum nicht abschiebbarer Geflüchteter. Seit einiger Zeit interviewt sie diese Gruppe. Die Auszüge aus den Interviews zeichnen ein deutliches Bild zwischen Selbstermächtigung und Schutzlosigkeit. Insgesamt wurden zwischen 1938 und 1942 etwa 50.000 Jüdinnen und Juden vom Wiener Aspengbahnhof in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Anlässlich der Gedenkfeier des Novemberpogroms am Aspengbahnhof hielt Alexander Cortés als Vertreter des Vereins eine Rede, die auf Seite 6 zu finden ist. Im *Post aus...* berichtet Johann Ebert über seine Tätigkeit im *Anita Müller Cohen Elternheim* in Tel Aviv und gibt ein Blick über seine veränderte Perspektive.

Wie üblich befinden sich auf den letzten beiden Seiten die Rezensionen und Ankündigungen.

Viel Freude am Lesen wünscht

Jutta Fuchshuber  
Chefredakteurin GEDENKDIENTST

## Fortsetzung von Seite 1

des Asylstatus, dann wäre die Frage, wie viele Flüchtlinge wir integrieren können, nicht so zentral oder würde sich erst viel später stellen.

### **Könnten Sie uns vielleicht Beispiele für Integrationsmaßnahmen geben, welche Sie in Österreich für sinnvoll halten?**

Wir von der *asylkoordination österreich* meinen, dass der österreichische Staat Integration vom ersten Tag des Asylverfahrens an fördern sollte. Sie passiert ja tatsächlich auch von Anfang an. Menschen, die nach Österreich flüchten, sind sehr bereit sich zu orientieren, sie sind bereit in dieses System einzusteigen und auch ein paar grundlegende Sprachkenntnisse zu erwerben. Das gehört zum Orientierungsprozess dazu und sollte wesentlich mehr gefördert werden, beispielweise mit einem Angebot von Sprachkursen ab Beginn des Asylverfahrens. Des Weiteren sollte auch so rasch wie möglich ein Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden, angepasst auf die verschiedenen Personengruppen und Bildungsvoraussetzungen der Flüchtlinge. Auch aufgrund von Erschöpfung durch die Flucht brauchen viele Flüchtlinge eine längere Vorlaufphase der Orientierung und Eingewöhnung. Aber es gibt auch viele Menschen, die in den Arbeitsprozess schnell integriert werden können, was wir nicht blockieren sollten. Dies könnte der österreichischen Wirtschaft und letztlich dem österreichischen Sozialsystem zu Gute kommen. Menschen, die nicht mehr auf soziale Hilfsleistungen angewiesen sind, ersparen Österreich natürlich Geld. Es ist auch eine Form des *empowerment*, Flüchtlingen möglichst rasch den Zugang zum Arbeitsmarkt zu öffnen.

### **Kommen wir noch einmal auf die Gesetzesnovelle zurück, die im Juni 2016 in Kraft getreten ist. Sie hat ja auch die Entscheidungsfrist bei erstinstanzlichen Asylanträgen von sechs auf fünfzehn bzw. sogar auf bis zu achtzehn Monate gesetzt. Wie lange warten denn AsylwerberInnen und im Speziellen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durchschnittlich auf eine Entscheidung in ihrem erstinstanzlichen Verfahren?**

Da gibt es seitens der Behörden keine Antwort, da es keine Auswertung für eine durchschnittliche Wartezeit gibt. Was wir jeweils feststellen können, ist, dass es keine bevorzugte Behandlung von UMF gibt – es gibt sehr lange Wartezeiten. Bis ein Verfahren überhaupt bearbeitet wird, kann schon ein Jahr vergehen. Eine unzumutbar lange Wartezeit, in der absolut nichts passiert, aber das ist genauso bei Erwachsenen und Familien. Ein Aspekt ist sicherlich, in welcher Region der Antrag gestellt wird. Bei UMF kommt oft noch dazu, dass das Alter festgestellt wird. Mittlerweile kann dies mehrere Monate dauern – früher lag das Ergebnis binnen Wochen vor.

Ich glaube nicht, dass ein Asylantrag derzeit unter vier bis fünf Monate erledigt wird und tendenziell stellen wir fest, dass die Dauer der Asylverfahren immer länger wird.

### **Während dieser Wartezeit unterstützt die *asylkoordination* in Wien lebende UMF mit ihrem Projekt *connecting people*. Können Sie das Projekt skizzieren?**

Es ist ein Patenschaftsprojekt, in dem wir Ehrenamtliche suchen, die als Vertrauensperson, als gute Freundin/guter Freund, als Familienmitglied für UMF fungieren und sie unterstützen. Im Rahmen unseres Ausbildungsprogramms bereiten wir die Ehrenamtlichen auf ihre Tätigkeit vor. Wir vermitteln ihnen Basics über Asylverfahren, Traumata von Jugendlichen, Aufgaben des Jugendamts, Bildungsmöglichkeiten und vieles mehr. Wichtig ist uns, dass wir ihnen einen Austausch und Vernetzung in kleineren Gruppen ermöglichen und sie in der Anfangszeit sehr intensiv mit regelmäßigen Treffen begleiten. In der Folge organisieren wir Themenabende, wo wir ExpertInnen einladen, um einen guten Informationsaustausch zu ermöglichen und u.a. mehr Basiswissen über Herkunftsländer der UMF (Afghanistan, Syrien, Somalia, etc.) zu vermitteln. Gelegentlich organisieren wir auch gemeinsame Aktivitäten, die oft gruppenübergreifend sind und sehr gut aufgenommen werden. Diese Bezugspersonen tragen sehr viel zur psychischen Stabilisierung dieser Jugendlichen bei.

### **Ist das dann auch ein Schritt zur Normalisierung, wenn aus diesen Flüchtlingsheimen Kontakte nach Außen aufgebaut werden?**

Ja, es ist ein Schritt zur Normalisierung. Die Flüchtlinge kommen aus dem Heim raus und sind nicht nur unter ihrerresgleichen, sondern können sich im Netzwerk der Ehrenamtlichen bewegen. Manchmal werden auch Jugendliche auf Urlaub mitgenommen; sie gehen Schifahren, machen einen Badeurlaub oder PatInnen organisieren einen Besuch in einem Kaffeehaus oder gehen Billardspielen. Der/dem PatInnen ist es selbst überlassen, in welcher Form sie den Kontakt pflegen, es ist für uns nur wichtig, dass sie einen regelmäßigen Kontakt bieten – wöchentlich oder gerne öfters. Die UMF werden von den PatInnen nicht finanziell unterstützt oder sollen nicht bei Ihnen wohnen, da es tatsächlich nur um eine ergänzende Betreuung geht.

### **Welche Voraussetzung muss eine Patin/ein Pate erfüllen, um für dieses Programm in Frage zu kommen? Wie wird man Patin/Pate?**

Einfach bei uns melden und Interesse bekunden – von unseren MitarbeiterInnen wird dann ein Informationsgespräch geführt, um auszuloten, welche Erwartungen die PatInnen bereits haben. Im Rahmen dieses Informationsgespräches wird versucht abzuklären, ob die Erwartungen mit unserem Konzept übereinstimmen. Wenn die PatInnen nach einer Bedenkzeit dann zustimmen, wird vereinbart, ab wann die Patenschaft beginnen soll. Viel mehr als einen guten Willen und die Bereitschaft ein bisschen Zeit zur Verfügung zu stellen, braucht es eigentlich nicht. Sinnvoll ist es natürlich, dass die PatInnen eine gewisse Reife mitbringen, da sie Verantwortung übernehmen müssen. Altersgrenze haben wir aber keine. Einige unserer PatInnen sind StudentInnen oder auch bereits in der Pension.

### **Es ist in Österreich seit 1. Oktober 2015 auch möglich, UMF unter sechzehn Jahren als Pflegekinder in die Familie aufzunehmen. Die *asylkoordination* ist im Wiener Raum maßgeblich in der Entwicklung dieser Initiative beteiligt. Wie steht es mit dieser Initiative und wie wird man Pflegemutter/Pflegenvater?**

Wir haben das Pilotprojekt ausgearbeitet und sind gerade dabei diese erste Pilotphase abzuschließen. Für den Wiener Raum hat unsere Mitarbeiterin, die das Pilotprojekt entwickelt hat, einen eigenen *Verein Kinderflüchtlinge unterstützen und integrieren* (KUI) [<http://www.verein-kui.at/>] ins Leben gerufen. Dieser hat das Projekt im Wiener Raum übernommen und stellt die entwickelten Modelle auch in ganz Österreich vor. Im letzten Jahr haben uns KUI InteressentInnen mehr oder weniger die Türen eingeraut. Das war selbst für uns überraschend! In den Bundesländern haben wir im Vorfeld der Vereinsgründung vor allem mit den Behörden der *Kinder- und Jugendhilfe* sehr intensive Gespräche geführt und ausgelotet, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen wären, um so eine Maßnahme umzusetzen. Das ist jetzt in den meisten Bundesländern schon relativ gut angelaufen. Die potenziellen Pflegeeltern werden von KUI und zusätzlich vom Jugendamt überprüft und stehen dann in Kontakt mit der *Kinder- und Jugendhilfe*.

Das Interessante an diesem Konzept ist, dass es eine Begleitperson, eine Art von DolmetscherIn, für jede Jugendliche/jeden Jugendlichen gibt. Diese Personen stammen selbst aus der Region, kamen selbst als UMF nach Österreich, sind mittlerweile schon integriert, sodass sich die Jugendlichen nicht nur an das Jugendamt wenden können, wie das bei österreichischen Pflegekindern der Fall wäre. Es steht eine Ansprechperson für das Kind zur Verfügung, die wahrscheinlich auch vertrauenerweckender ist als eine Person aus den österreichischen Strukturen.

### **Meine Abschlussfrage: Regierungsmitglieder traten in den letzten Monaten fast wöchentlich mit neuen Vorschlägen zu Asyl- und Fremdenwesen an die Öffentlichkeit. Welche Veränderung würden Sie sich für AsylwerberInnen wünschen?**

Immer wieder angekündigt, unter anderem von Außenminister Kurz, aber nie umgesetzt, wurde die Schaffung von legalen Einreisemöglichkeiten. Das würde ich für einen extrem wichtigen Schritt halten. Da müssten wir dann auch in anderen Quantitäten denken. Es gibt bereits ein Resettlement-Programm für syrische Flüchtlinge im Rahmen dessen wir zugesagt haben, 1.500 Flüchtlinge aus dem Libanon, der Türkei und Jordanien aufzunehmen, aber was ist das für eine Quantität im Vergleich zu in etwa drei Millionen Flüchtlingen, die alleine in der Türkei leben? Zusätzlich zur Forcierung von Resettlement-Programmen sollten wir auch andere legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge öffnen. Sie sollten bei einer Botschaft ihren Schutzbedarf anmelden und einen Visumantrag stellen können, sodass ihnen die Einreise auf legalen Weg gestattet wird. Somit würde umgesetzt werden, was so vehement öffentlich kommuniziert wird – die Bekämpfung der Schlepperei. Nicht nur durch Sicherheitsmaßnahmen, Polizei, Militär, Grenzzäune, sondern indem man auch Lösungen für diese Menschen anbietet, die sich in der Zwangslage befinden, flüchten zu müssen. Ich sehe schon auch, dass es schwierig ist, eine europäische Flüchtlingspolitik zu entwerfen. Aber ich glaube auch nicht, dass die Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsabwehr so leicht zustande kommt – und dort fließen sehr viele Mittel hinein. Man könnte doch überlegen, ob man diese finanziellen Mittel nicht sinnvoller einsetzen kann.

*Das Interview führte Moritz Reithmayr im August 2016 unter redaktioneller Mitarbeit von Jutta Fuchshuber und Markus Glaser.*

### **asylkoordination österreich**

1991 wurde die *asylkoordination österreich* durch den Zusammenschluss mehrerer in der Flüchtlingsbetreuung tätigen NGOs und Privatpersonen gegründet. Sie verband das gemeinsame Ziel, mit Recherche-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der immer schärfer werdenden Sprache und Gesetzgebung bei Asyl- und Migrationsthemen entgegenzuwirken. Der Verein ist in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig, bietet Seminare zur Weiterbildung im Bereich Asyl und Migration, Literatur und Recherchematerial an und beteiligt sich an Kampagnen und in internationalen Netzwerken aktiv für eine humane und gerechte Politik für MigrantInnen und Flüchtlinge. Eine der Arbeitsgruppen beschäftigt sich seit Ende der 1990er-Jahre mit der Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) und setzt sich für die Verbesserung der Rechte von Kindern in Österreich ein. Anny Knapp ist seit der Gründung Obfrau der *asylkoordination österreich*.

### **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) (unter 18-Jährige)**

Das Fehlen staatlicher Sicherheiten, fehlende Angebote für Ausbildung, aber auch Zwangsrekrutierungen und -heiraten führen dazu, dass Kinder und minderjährige Jugendliche ohne erwachsene Begleitung aus ihrer Heimat flüchten. Nach Artikel 22 der *Kinderrechtskonvention* können auch UMF einen Asylantrag stellen. Sollte das Alter der Antragstellenden nicht mittels Dokumenten eindeutig feststellbar sein, können die Behörden medizinische Analysen (u.a. Handwurzelröntgen) anwenden, die vielfach unter Kritik stehen. Im Zeitraum von Jänner 2015 bis Juli 2016 schwankt der Anteil von Asylanträgen der UMF zwischen 7 und 16 Prozent mit Höchstwerten im Frühjahr; rund 9 Prozent der UMF sind unter 14-Jährige (Asylstatistik des *Bundesministeriums für Inneres*).



# Wien als Transitstadt sowjetisch-jüdischer Migration

Zwischen Ende der 1960er-Jahre und 1989 wanderten ca. 300.000 Juden und Jüdinnen aus der Sowjetunion aus. Sie verließen die UdSSR mit israelischen Einreisevisa, doch mehr als die Hälfte von ihnen sollte sich nicht in Israel niederlassen. Wien als Transitstadt dieser Migrationsbewegung spielte dabei eine wichtige Rolle.

## Hintergründe der sowjetisch-jüdischen Auswanderung

Ende der 1960er-Jahre entstand im europäischen Teil der Sowjetunion neben der allgemeinen eine eigene jüdische Dissident\*innenbewegung, die sich für die Möglichkeit bzw. die Genehmigung zur Ausreise nach Israel einsetzte. Die Faktoren, die zur Entstehung dieser Bewegung führten, waren sowohl langfristig, wie zum Beispiel die sowjetische Nationalitätenpolitik, die eine vollständige Eingliederung jüdischer Sowjetbürger\*innen unmöglich machte, als auch kurzfristig, wie zum Beispiel der arabisch-israelische Sechstagekrieg 1967, der zu einer Intensivierung anti-israelischer Aussagen in der UdSSR führte.<sup>1</sup> Etwa zeitgleich formierte sich weltweit eine solidarische Bewegung zur Unterstützung der jüdischen Dissident\*innen in der UdSSR, die primär von jüdischen Organisationen in den USA und zu einem kleineren Ausmaß auch in Europa getragen wurde. Der junge Staat Israel spielte bei der Entstehung beider Bewegung eine nicht unbedeutende, wenn auch größtenteils verborgene Rolle. Über ein bereits Anfang der 1950er-Jahre eingerichtetes Geheimbüro versuchte er einerseits, jüdisches Bewusstsein zionistischer Prägung unter den Juden und Jüdinnen der Sowjetunion zu erwecken. Andererseits wurden Aktivist\*innen im Ausland mobilisiert, um Druck auf ihre jeweiligen Regierungen auszuüben, die wiederum die Führung der UdSSR unter Druck setzen sollte. 1971 gab diese schließlich nach und erteilte ca. 14.000 Ausreisegenehmigungen.<sup>2</sup> Im Jahr davor waren es 935 gewesen. Die Hoffnung der sowjetischen Führung, sich so der Anführer\*innen der Bewegung zu entledigen und diese damit zum Stillstand zu bringen, erfüllte sich nicht. Die Zahl der Ausreisearträge stieg weiterhin.

## Die frühen 1970er-Jahre: Österreich als „Vorzimmer Israels“<sup>3</sup>

Die Ausreise wurde sowjetischen Juden und Jüdinnen offiziell nur erlaubt, wenn diese sie gemäß der sowjetischen Nationalitätenpolitik in ihr ‚nationales Heimatland‘ Israel führten. Da dieses und die UdSSR seit dem Sechstagekrieg 1967 jedoch weder diplomatische noch direkte Verkehrsverbindungen unterhielten, musste ein Transitland zum Umsteigen gefunden werden. Österreich war nicht

nur wegen seiner geografischen Lage, sondern auch aufgrund seiner politischen Neutralität bestens geeignet. Zudem befanden sich in Wien bereits seit 1945 Büros sämtlicher jüdischer Migrations- und Hilfsorganisationen, die zuerst jüdische DPs (Displaced Persons) und später Geflüchtete aus dem kommunistischen Osten bei der Weiterwanderung nach Israel und in andere Länder unterstützt hatten.

Der Großteil der sowjetisch-jüdischen Migrant\*innen kam mit dem Zug aus Moskau am Wiener Südbahnhof, dem heutigen Hauptbahnhof, an. Dort wurden sie von Vertreter\*innen der *Jewish Agency for Israel* (JAFI), der quasi-staatlichen israelischen Einwanderungsorganisation, empfangen und in Bussen gesammelt in deren Transitlager nach Schloss Schönau in Niederösterreich gebracht. In einem ORF-Beitrag aus dem Jahr 1972 wurde dieses treffend als „Vorzimmer Israels“ bezeichnet. Nach einigen Tagen, manchmal auch nur wenigen Stunden, wurden die Migrant\*innen von dort wieder gesammelt in Bussen nach Schwechat gebracht und in Flugzeuge nach Israel gesetzt.

Schloss Schönau wurde Anfang der 1970er-Jahre zum Symbol der ‚Befreiung‘ sowjetischer Juden und Jüdinnen und gleichzeitig der zionistischen Bestrebungen des Staates Israel, nämlich seine jüdische Bevölkerung zu vergrößern und damit seine Vormachtstellung in der Region zu festigen. Palästinensische Gruppierungen wurden auf die Rolle Österreichs als Transitland aufmerksam. Trotz verstärkter Sicherheitsvorkehrungen gelang es zwei Palästinensern Ende September 1973 am Grenzbahnhof in Marchegg drei einreisende sowjetische Juden und Jüdinnen sowie einen österreichischen Grenzbeamten als Geiseln zu nehmen. Die Geiselnnehmer forderten die Schließung des Transitlagers Schönau. Nach einer zähen Verhandlungsnacht und trotz scharfer internationaler Kritik, vor allem vonseiten Israels, stimmte Bundeskanzler Bruno Kreisky zu. Sowjetisch-jüdische Transitmigrant\*innen wurden zunächst vorläufig in der Babenberger-Kaserne in Wöllersdorf untergebracht bis die *Jewish Agency* im Sommer 1974 mit dem *Österreichischen Roten Kreuz* ein Betreuungsabkommen für dessen Hilfsstelle in Wien-Simmering abschloss. De facto hatte Kreisky an seiner Transitpolitik nichts geändert. Bis 1989 durften sowjetische Juden und Jüdinnen weiterhin ungehindert Österreich passieren.

## Dropping out: über Wien und Rom in die USA

Österreich begründete sein Einverständnis als Transitland zu fungieren mit „humanitären Erwägungen“<sup>4</sup>. Dass das österreichische Verständnis der eigenen Rolle in der sowjetisch-jüdischen Migration damit nicht rein pragmatisch war, zeigte sich in der zweiten Hälfte der 1970er-

Jahre als die Zahl derjenigen stieg, die in Wien von der vorgesehenen Route nach Israel ‚absprangen‘, um in die USA oder ein anderes Drittland weiterzureisen. 1976 war die Zahl dieser sogenannten Drop-Outs bereits auf knapp 50 Prozent der Ausreisenden gestiegen; ihren Höhepunkt sollte sie 1988 mit 90 Prozent erreichen. Die Abspringenden wurden nach Ankunft in Wien von der JAFI zumeist in die Betreuung der *Hebrew Immigrant Aid Society* (HIAS) und des *American Jewish Joint Distribution Committee* (JOINT) übergeben. Berichten zufolge verlief diese Übergabe nicht selten nur sehr widerwillig, manche der frühen Migrant\*innen behaupteten gar, JAFI-Mitarbeiter\*innen hätten ihnen trotz ihres ausdrücklichen Wunsches die Ausgabe ihrer Reisedokumente verweigert und so ein Abspringen verhindert. Innerhalb der jüdischen Gemeinden wurde in jenen Jahren mitunter hitzig diskutiert, wie mit den Drop-Outs umzugehen sei.<sup>5</sup> Hauptstreitpunkt war, ob die sowjetische Juden und Jüdinnen dazu gezwungen werden sollten oder dürften, nach Israel weiterzureisen, zum Beispiel indem HIAS und JOINT ihnen die Unterstützung verweigerten. Mehr oder weniger entsprechende Kooperationsabkommen zwischen JAFI und JOINT/HIAS zeichneten sich mehrmals ab (1976/77, 1980 sowie 1981/82), doch scheiterten letztlich stets, unter anderem, an den Verfechter\*innen des Prinzips des *Freedom of Choice*, also des (Menschen-)Rechts der Migrant\*innen auf eine freie Wahl ihres Ziellandes. Letztere Haltung war auch die offizielle Haltung Österreichs. Bundeskanzler Kreisky äußerte 1976 unmissverständlich: „Wer nach Österreich kommt, um weiterzugehen, wird nicht nur hier hineingelassen, sondern wir wachen auch darüber, dass sein Recht, auch das Land zu wählen, wohin er weiterreisen will, gewahrt bleibt. Es gibt manche, die meinen, wenn etwa Sowjetbürger jüdischen Glaubens nach Österreich kommen, dann müssen sie nach Israel weiterziehen. Das ist ganz falsch. [Ö]sterreich wird nur dann seine Hilfsstellung weiter einnehmen, wenn dieses freie Recht der Weiterwanderung vom Anfang an gewährleistet wird.“<sup>6</sup> Dafür arbeiteten die österreichischen Behörden aktiv nicht nur mit HIAS und JOINT, sondern auch anderen Auswanderungsorganisationen vor Ort zusammen und sorgten dafür, dass diesen der Zugang zu sowjetisch-jüdischen Migrant\*innen nicht verwehrt wurde. Dies betraf vor allem die orthodoxe, ebenfalls amerikanisch-jüdische Organisation *RAV TOV*, die aufgrund ihrer explizit anti-zionistischen Haltung vor allem der JAFI ein Dorn im Auge war, sowie diverse christliche Organisationen.

Durch das Ansteigen der Drop-outs verzögerte sich der Transitfluss durch Österreich, da diese in der Regel einige Wochen auf Einwanderungsgenehmigungen warten mussten. HIAS und

JOINT leiteten die Migrant\*innen daher nach einigen Tagen in Wien nach Rom weiter. Dort waren nicht nur die Unterbringung und Lebenshaltungskosten geringer, sondern in Rom befand sich damals auch Westeuropas größte amerikanische Botschaft – und die überwiegende Mehrheit der Drop-outs wollte in die USA. Dazu hat sicherlich nicht unerheblich die Tatsache beigetragen, dass sowjetisch-jüdische Immigrant\*innen bis September 1988 zu 99 Prozent als politische Flüchtlinge in den USA anerkannt wurden.<sup>7</sup> Dies wiederum hatte im Übrigen vordergründig mit der Logik des Kalten Krieges zu tun, nach der die in Massen in die USA emigrierenden Sowjetbürger\*innen als sozusagen ‚mit ihren Füßen den Kapitalismus wählend‘ angesehen wurden.<sup>8</sup>

## Remigration: versuchte Rückkehr in die UdSSR

Eine kleine Gruppe sowjetisch-jüdischer Migrant\*innen versuchte ab Ende 1971 den umgekehrten Weg zu gehen und wieder in die Sowjetunion zurückzukehren. Sie äußerten diesen Wunsch nicht nur mit ihren Füßen, indem sie nämlich nach Wien als Transitort zurückkehrten, sondern auch mit ihren Taten und Worten. Enttäuscht von den Lebensbedingungen in Israel protestierten sie vor ihren Unterküften und vor der sowjetischen Botschaft in Wien, schrieben zahlreiche offene und private Protest- und Bittbriefe an die österreichische, die sowjetische und in Gestalt der UN die internationale politische Führung, und hielten Pressekonferenzen ab, in denen sie sich selbst als Opfer der zionistischen Propaganda bezeichneten und das Leben in der Sowjetunion lobten. Ein Zustrom von Remigrant\*innen nach Wien ist vor allem für 1974 zu verzeichnen, was sicherlich in Zusammenhang mit dem Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges in Israel im Herbst 1973 steht. Ihren Höhepunkt erreicht die (offizielle) Zahl der Remigrant\*innen im März 1975 mit 519 Personen. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, als sich abzeichnete, dass die sowjetischen Behörden einer Rückkehr nicht zustimmen würden und sich der Remigrant\*innen nur kurzzeitig als Propagandawerkzeug bedient hatte, gingen viele wieder zurück nach Israel oder wanderten in die USA aus. Einige jedoch blieben in Wien, wo sie sich mittlerweile ein Leben aufgebaut hatten – trotz der unzähligen Erschwernisse, die ihre Situation mit sich brachte, da sie im Gegensatz den Israel-Migrant\*innen und den Drop-outs vollkommen auf sich allein gestellt waren in Bezug auf Aufenthaltsgenehmigungen, Unterkunft, sozialer und medizinischer Versorgung und nicht zuletzt auch politische Lobbyarbeit. Das heruntergekommene Haus in der Malzgasse 1

Fortsetzung auf Seite 4

## Fortsetzung von Seite 3

in 1020 Wien, indem mehrere Familien von Remigrant\*innen unter schlechtesten Bedingungen hausten, wurde Mitte der 1970er-Jahre zum traurigen Symbol für diese Gruppe.

## Fazit

Hätte Wien nicht als Transitstadt sowjetisch-jüdischer Migration fungiert, wäre die bucharisch-jüdische Gemeinde in Wien, ihrerseits heute die größte in Europa und die drittgrößte weltweit, wohl nie entstanden. Die aus Zentralasien stammenden bucharischen Juden und Jüdinnen waren ein Teil bzw. eine eigene sozio-kulturelle Gruppe der sowjetisch-jüdischen Migrationsbewegung. Die Wurzeln ihrer florierenden Wiener Gemeinde liegen in der Remigrationsbewegung der frühen 1970er-Jahre. Dies ist nur ein Beispiel für die bis in die Gegenwart reichenden Auswirkungen sowjetisch-jüdischer Transitmigration durch Österreich. Für die aktuelle Flüchtlingsdiskussion in Österreich und Europa ist dieses historische Migrationsphänomen relevant, da es die Wichtigkeit eines gesicherten legalen und logistischen Rahmens sowie Aufenthaltsstatus und den Stellenwert von Vernetzung bzw. politischer Lobbyarbeit aufzeigt. Nicht zuletzt stellen bereits die sowjetisch-jüdische Migrant\*innen der 1970er und 1980er-Jahre eine strikte Trennung zwischen ökonomischen und politischen Flucht- und Migrationsgründen infrage.

## Ruth Orli Moshkovitz

studierte in Berlin, Wien und Budapest Geschichte mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte und war unter anderem im *Jüdischen Museum Berlin* als Bildungsreferentin im Rahmen von Museumsführungen tätig. In vergangenen Publikationen beschäftigte sie sich mit der anti-muslimischen Rhetorik der Freiheitlichen Partei Österreichs (2010) sowie mit der Hufeisensiedlung in Berlin-Britz (2013). Ihre Masterarbeit verfasste sie zur (Re-)Migration bucharischer Juden und Jüdinnen aus der Sowjetunion nach Wien in den 1970er-Jahren.

1 Zu den Anfängen und Umständen der sowjetisch-jüdischen Emigrationsbewegung; siehe Zvi Gitelman, *Soviet Jews. Creating a Cause and a Movement*, in: Murray Friedman, Albert D. Chernin Hg., *A second exodus. The American Movement to free Soviet Jews*, Hanover/u.a. 1999, 15–69.

2 Alle hier genannten Zahlen beruhen auf Petrus Buwalda, *They did not dwell alone. Jewish Immigration from the Soviet Union, 1967-1990*, Baltimore/London Press 1997, 223 f.

3 ORF-Sendung *Querschnitte*, Beitrag *Exodus*, (erst-)ausgestrahlt am 25.02.1972.

4 Stiftung Bruno Kreisky Archiv (StBKA), VII./1 Länderboxen UdSSR, Box 7, Mappe „Jüdische Emigranten UdSSR“.

5 Siehe dazu ausführlich Fred A. Lazin, *The Struggle for Soviet Jewry in American Politics. Israel versus the American Jewish Establishment*, Lanham/Oxford 2005.

6 Bruno Kreisky, *Österreich als Asylland*, in: *Das jüdische Echo. Zeitschrift für Kultur und Politik* 25/1 (1976), 3.

7 Siehe dazu Victor Rosenberg, *Refugee Status for Soviet Jewish Immigrants to the United States*, in: *Touro Law Review* 19/2 (2003), 419–450.

8 Zur Transitmigration sowjetischer Juden und Jüdinnen in Wien und vor allem Rom siehe ausführlich Inga P. Vekster, *„We left Forever and Into the Unknown“*. *Soviet Jewish Immigrants' Experiences of Transit Migration*, Dissertation New Brunswick 2014.

# „Living in Malta without documents is like walking in a roundabout all the time.“<sup>1</sup>

## Nicht abschiebbare Geflüchtete zwischen Selbstermächtigung und Schutzlosigkeit.

Im Juli 2015 fand in Maltas Hauptstadt Valletta die erste genehmigte Demonstration von Geflüchteten statt. Etwa 200 abgelehnte Asylsuchende forderten nach Jahren ohne Dokumente einen Aufenthaltsstatus ein. Die Demonstration wurde von der migrantischen Organisation *African Media Association Malta* initiiert. Der Gründer, Abdi Ibrahim<sup>2</sup>, kam 2013 selbst als Geflüchteter nach Malta. Als somalischer Journalist berichtet er über Erfahrungen von in Malta lebenden Geflüchteten. Er setzt sich für die Rechte von Geflüchteten ein und unterstützt insbesondere abgelehnte Asylsuchende in ihren Belangen. Der Großteil der abgelehnten Asylsuchenden in Malta ist nicht abschiebbar. Mit den meisten Herkunfts- und Transitländern gibt es keine Rücknahmeabkommen. Nicht abschiebbare Geflüchtete befinden sich somit in einer rechtlichen Grauzone, da sie weder als offizielle Mitglieder des Aufnahmestaates gelten, noch abgeschoben werden oder das Land selbst auf regeltem Weg verlassen können. Im Vergleich zu subsidiär oder humanitär Schutzberechtigten haben *rejected asylum seekers* keinen formalen Rechtsstatus. Dies kann zu einer

dungen zu verzeichnen waren. Die Geflüchteten verkörperten von Beginn an die ‚Anderen‘. Auf ihre Ankunft reagierte der Mittelmeerstaat mit einem strengen politischen Kurs und einer Verdrängung der Geflüchteten am Rande der Gesellschaft.<sup>5</sup> Obwohl Malta auf viele Migrationen in seiner Geschichte zurückblicken kann, führte das Aufsteigen rechtsextremer Parteien und das Wiedererscheinen nationalistischer Diskurse zu vermehrter Fremdenfeindlichkeit sowie Rassismus gegenüber Geflüchteten. Im politischen Diskurs Maltas wurde stets die Sicherung der Grenzen und die Notwendigkeit betont, sich vor gefährlichen Eindringlingen zu schützen: „Given Malta's size you cannot expect the government to release illegal immigrants into the streets [...]. This would send the wrong message and spell disaster for the country [...] As a minister I am responsible, first and foremost, for the protection of Maltese citizens“.<sup>6</sup>

Das immer wiederkehrende Argument *Malta is too small* wurde als Legitimation einer Politik der ausnahmslosen Inhaftierung aller ungeregelt<sup>7</sup> eingereisten Asylsuchenden genutzt. Die ungeregelte Einreise nach Malta gilt zwar nicht als straf-



Geflüchtete demonstrierten im Juli 2015 in Valletta gegen Rassismus und Ungleichbehandlung

Situation führen, in der sie über mehrere Jahre hinweg nur einen begrenzten Zugang zu Beschäftigung oder grundlegenden Dienstleistungen sowie einen eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten.<sup>3</sup>

### Maltesischer Kontext

Der Inselstaat Malta liegt zwischen Libyen und Italien im Mittelmeer. Mit 426.000 Einwohner\*innen auf 316 Quadratkilometern ist es der kleinste EU-Mitgliedsstaat mit der fünfthöchsten Bevölkerungsdichte der Welt.<sup>4</sup> Bereits Ende der 1990er-Jahre erreichten erste Migrant\*innen mittels Boot die Küste Maltas. Die Aufzeichnungen der staatlichen Statistiken beginnen allerdings erst 2002, als erstmals größere Anlan-

bar, die Haftdauer wird laut maltesischem Innenministerium jedoch als notwendig „im Interesse der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung“<sup>8</sup> gesehen.<sup>9</sup>

Seit dem EU-Beitritt 2004 fordert Malta von der EU-Gemeinschaft immer wieder eine Lastenverteilung und eine Änderung der Dublin-III-Verordnung.<sup>10</sup> Der Inselstaat hätte nicht die ausreichenden Ressourcen für die vielen Bootslandungen und Geflüchteten.<sup>11</sup> Ungeachtet ob den Forderungen der Lastenverteilung nachgegangen wird, verbleiben abgelehnte Asylsuchende in Malta in einem andauernden Zustand der Unsicherheit. Dies hat auch Auswirkungen jenseits von Erwerbsbeteiligung und Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Sämtliche Lebensbereiche und soziokulturellen Handlungsräume der Geflüchteten sind durch

den Nicht- bzw. Zwischenstatus beeinflusst. Eine Inklusion in Malτας Gesellschaft scheint nicht auf der politischen Agenda zu stehen, da dies deutlich gegen die postulierte Rückführungspolitik sprechen würde. Das Negieren der Anwesenheit abgelehnter Asylsuchender führt zu fortschreitenden Ausgrenzungsmechanismen: „[...] the rejected asylum seeker is the elephant in the room, and ignoring [this] reality simply serves to increase marginalisation and obstruct social cohesion“.<sup>12</sup>

## Leben im Limbo

Während meiner laufenden Feldforschungsaufenthalte<sup>13</sup> in Malta habe ich bislang zwanzig Geflüchtete mit Ausweisungsbescheid näher kennengelernt. Fast die Hälfte aller Interviewten lebt bereits mehr als zehn Jahre in Malta; eine von ihnen flüchtete aus Syrien und erhielt aufgrund der aktuellen politischen Lage im vergangenen Frühjahr nach vierzehn Jahren mit doppeltem Asyablehnungsbescheid einen anerkannten Flüchtlingsstatus. Sie teilte mir mit, dass sie sich trotz Anerkennung weiterhin *rejected* fühle. Mehr als die Hälfte der von mir begleiteten Geflüchteten hat einen doppelten Ablehnungsbescheid. Einige von ihnen befinden sich in einem Berufungsverfahren und hoffen auf einen Schutzstatus. Die Chance nach einem Ablehnungsbescheid – und erst Recht nach einem doppelten Ablehnungsbescheid – einen Schutzstatus zu erhalten ist jedoch sehr gering.

Nach Ablauf der verordneten Inhaftierungszeit in den *detention centres* werden nahezu alle ungeregelt eingereisten Geflüchteten für maximal zwölf Monate in sogenannten *open centres* untergebracht.<sup>14</sup> Sobald der Unterkunftsvertrag mit einem *open centre* endet, verlieren abgelehnte Asylsuchende jeglichen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Die Job- und Wohnungssuche gestaltet sich sehr schwierig. Abgelehnte Asylsuchende erhalten nur eine dreimonatige Arbeitserlaubnis, die von den Arbeitgeber\*innen beantragt werden muss. Eine gebührenpflichtige Erneuerung der Arbeitserlaubnis ist möglich. Die meisten Arbeitgeber\*innen bevorzugen jedoch Geflüchtete mit einer längeren Arbeitserlaubnis. Somit sind nicht abschiebbare Geflüchtete häufig auf unregulierte und informalisierte Beschäftigung angewiesen. Der täglich mögliche Arbeitsplatzverlust wird existenziell bedrohlich, da gegebenenfalls die Miete nicht mehr gezahlt werden könnte. Haben abgelehnte Asylsuchende einen Arbeitsvertrag und verlieren ihren Arbeitsplatz besteht trotz Steuerzahlungen kein Anspruch auf Sozialleistungen, wie Tayeb<sup>15</sup> berichtet: „Malta is a big problem. I paid my taxes nearly ten years but still no benefit. Ten years Malta and no passport. But they always keep me working and I pay national insurance since 2005 but I get nothing. After ten years I should have the right by law. I have a work permit and pay taxes like everybody else. But no benefits, no pension, no child allowance, nothing“.<sup>16</sup>

Die prekäre Lebenssituation besteht also auch für jene, die unter regulierten Bedingungen arbeiten. Das macht Zukunftsplanung nahezu unmöglich und stützt die These „always in transit and never settled“.<sup>17</sup> Das vernetzt Sein stellt deshalb eine der wichtigsten Säulen im maltesischen Alltag der Geflüchteten dar: Sie kochen gemeinsam, teilen ihr Geld,

übersetzen sich gegenseitig oder lassen andere bei sich wohnen. Dennoch ist ihr Leben wesentlich von mangelnder Planungsfähigkeit und dem Gefühl von Fremdbestimmtheit geprägt. Dies zeigt sich auch in ihrer Determiniertheit: Zwischen dem alten Leben im Herkunftsland und dem neuen Leben in Malta kommt es zum Stillstand. Im Gegensatz zu Geflüchteten mit Schutzstatus haben abgelehnte Asylsuchende keine Möglichkeit Malta mittels Kurzzeitvisums zu verlassen. Die meisten von ihnen können ihre Familien deshalb jahrelang nicht sehen, selbst wenn diese sich ebenfalls in Europa befinden: „This is my uncle. He lives in Spain since more than ten years now. As long as I don't have documents, there is no chance to meet him“, erzählt mir Ebrima während er mir Fotos seiner Familie zeigt, „It's all about the paper. Malta is nice. I really like Malta. But living in Malta without documents is like walking in a roundabout all the time“.<sup>18</sup>

Das Leben im ‚Dazwischen‘ ist auch ein Leben auf Abruf, da die Geflüchteten zumindest theoretisch jeden Tag eine Abschiebung fürchten müssen. In vielen Fällen ist die Furcht allerdings mehr mit den alltäglichen Unsicherheiten des Schwebestands verbunden. Die Direktorin des Jesuit Refugee Service Malta berichtet: „With some people like the Nigerian community the sense of insecurity is very pronounced and it's linked very much to the risk of being returned because it is a very real risk [...]. With the most other migrants it's not the same [...]. Their insecurity is linked precisely to this fact that they don't have a clear legal status. Tomorrow I can go to the hospital and they can tell me I have no legal rights“.<sup>19</sup>

Einige Geflüchtete engagieren sich deshalb politisch für ihre Rechte, wie die eingangs erwähnten Demonstrant\*innen oder Mitglieder und Unterstützer\*innen weiterer migrantischer Organisationen. Andere sind sehr stark darum bemüht ihren Status quo nicht zu gefährden. Alles dreht sich darum nicht aufzufallen. Sie versuchen trotz aller Umstände Fuß zu fassen. Um sich aktiv gegen Exklusionsmechanismen zu wehren, fehlt es ihnen aber an der notwendigen Rechtssicherheit im Sinne einer Einforderbarkeit ihrer Rechte, da sie mit Repressalien rechnen müssen. „In the end I'm only the black animal nobody cares about“,<sup>20</sup> fasst Dereje die Situation zusammen. Nach Jahren des Lebens im Limbo steht für ihn und viele andere nur noch die Frage im Raum, wie und wann Malta auch unreguliert verlassen werden kann. Der Wunsch ist groß, dem Schwebestand ein Ende zu bereiten. Wenn nicht abschiebbare Geflüchtete es schaffen Malta zu verlassen, müssen sie allerdings im Zielland unentdeckt leben. Sollten sie von den Behörden aufgefunden werden droht ihnen gemäß der Dublin-III-Verordnung eine Rückschiebung nach Malta und dort eine Gefängnisstrafe aufgrund ‚irregulärer‘ Ausreise. Sie verbleiben somit auch jenseits von Malta in einem Schwebestand.

## Sarah Nimführ

Stipendiatin der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Europäische Ethnologie* der Universität Wien. Der Beitrag beruht auf ersten Forschungsergebnissen ihres Dissertationsprojektes zur Lebenssituation nicht abschiebbarer Geflüchteter in Malta. Teile des Artikels basieren auf dem bald erscheinenden Beitrag: Sarah Nimführ/Laura Otto, Gerettet, aber nicht angekommen. Von Geflüchteten in Malta, in: Sabine Hess/Bernd Kasperek et al. Hg., *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Berlin/Hamburg 2016.

1 Gespräch mit Ebrima im Juli 2015.

2 Die Namen der Interviewpartner\*innen wurden zu ihrem Schutz geändert.

3 Vgl. FRA - Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Die Grundrechte von Migranten in einer irregulären Situation in der Europäischen Union. Vergleichender Bericht, Luxemburg, 2012.

4 Vgl. Stand: 2015.

5 Vgl. u.a. Human Rights Watch: Boat Ride to Detention. Adult and child migrants in Malta, 2012, <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/malta0712ForUpload.pdf> (26.02.2016)

6 Innenminister Carmelo Mifsud Bonnici zitiert nach Times of Malta. 18. April 2009, <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20090418/local/doing-away-with-detention-would-spell-disaster.253274> (23.02.2016).

7 Mit ungeregelt meine ich die Einreise jenseits der Einwanderungsregeln der EU. Den Begriff ‚irregulär‘ erachte ich als problematisch, da diese Bezeichnung eine Stigmatisierung enthält.

8 MJHA 2005 zitiert nach Silja Klepp, Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingschutz: Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer, Bielefeld 2011, 169.

9 In Anerkennung der Natur der Sache von unfreiwilliger Migration, setzt die Genfer Flüchtlingskonvention (1951) für Asylsuchende keine reguläre Einreise voraus.

10 Diese Verordnung der Europäischen Union regelt, welcher Mitgliedstaat für einen im Geltungsbereich gestellten Asylantrag zuständig ist. Der Staat, in den der Asylsuchende nachweislich zuerst eingereist ist, muss das Asylverfahren durchführen.

11 Vgl. Times of Malta, 03.04.2011, <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20110403/local/malta-will-try-to-persuade-eu-of-migrant-emergency.357977> (23.12.2015).

12 Maria Pisani, There is an elephant in the room and she's ‚rejected‘ and black: observations on rejected female asylum seekers from sub-Saharan Africa in Malta, in: *Open Citizenship*, 2 (2011), 38.

13 Mein Forschungsvorgehen folgt einem multimedialen Verfahren, in dem diskursanalytische und ethnographische Ansätze kombiniert werden.

14 Seit Januar 2016 kommen ungeregelt Einreisende für ein Medical Clearing zunächst in das so genannte Initial Reception Centre. Anschließend werden sie je nach Vulnerabilität ins Detention Centre oder direkt ins Open Centre gebracht.

15 Die Namen der Interviewpartner\*innen wurden zu ihrem Schutz geändert.

16 Gespräch im Juli 2015.

17 Mark-Anthony Falzon, Immigration, Rituals and Transitoriness in the Mediterranean Island of Malta, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 38/10 (2012) 1673.

18 Gespräch im Juli 2015.

19 Interview im Juli 2015.

20 Gespräch im Oktober 2015.

## Impressum

### Medieninhaber: GEDENKDIENTST

- Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog  
A-1050 Wien, Margaretenstraße 166,  
tel +43 1 581 04 90 fax +43 1 253 303 390 72,  
office@gedenkdienst.at, www.gedenkdienst.at  
Erste Bank, BIC GIBAAATWW, IBAN AT84 2011  
1288 6856 4800

**Obmann:** Michael Spiegel  
**Kassier:** Moriz Kopetzki  
**Schriftführer:** Paul Kuglitsch

**Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der AutorInnen. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins GEDENKDIENTST ident sein.**

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Alexander Cortés, Johann Ebert, Markus Glaser, Anny Knapp, Ruth Orli Moshkovitz, Sarah Nimführ, Moritz Reithmayr

**Abbildungsnachweise:**  
Klaus Hofstätter (S. 2)  
Sarah Nimführ (S. 4)

**Chefredakteurin:** Jutta Fuchshuber  
**Lektorat:** Jutta Fuchshuber, Sara Vorwalder  
**Redaktion:** Roman Birke, Lukas Dünser, David Haunschmid, Fritz Kainz, Johann Kirchknopf, Sarah Knoll, Paul Kuglitsch, Ina Markova, Moritz Reithmayr, Sara Vorwalder  
**Layout:** Philipp Haderer

**Druck:** simply more, Wien  
**Erscheinungsort:** Wien  
**Auflage:** 3000  
**Preis:** 0,75 Euro

Tel Aviv, am 20. April 2016

## Rede anlässlich der Gedenkfeier des Novemberpogroms am Aspangbahnhof in Wien.

Wir erinnern mit Recht. Wir erinnern, um uns der Vergangenheit bewusst zu werden.

Doch wenn wir *Niemals vergessen* sagen, was bedeutet das überhaupt? Schon beginnen die Ersten, die Wunden der Vergangenheit zu vergessen, schon stehen die nächsten Schläger draußen vor der Tür.

In Deutschland brennen schon wieder Häuser. Ich frage mich, wann es in Österreich auch brennen wird. Die Taten von morgen sind heute in Planung und die Brandstifterinnen und Brandstifter gibt es. Ein Brandstifter ist etwa der neue Vizebürgermeister, der behauptet, Asyl sei kein Menschenrecht. Ich frage Sie, Herr Vizebürgermeister, welches Menschenrecht nehme Sie als nächstes ins Visier? Oder eine Nationalratsabgeordnete, die ein antisemitisches Posting gut heißt. Oder ein Bundesparteivorsitzender, der einen antisemitischen Cartoon im Internet teilt, eine Tat, die selbst in dieser Runde die meisten wohl fast vergessen haben.

Die Brandstifterinnen und Brandstifter alleine wären kaum so schlimm, wenn es nicht jene gäbe, die ihnen Glauben schenken. Dazu gehören aber nicht nur jene Menschen, welche die FPÖ wählen. Dazu gehören vor allem Menschen wie die Innenministerin Mikl-Leitner, die den leeren Parolen Orbáns und Straches nacheifert. Dazu gehören auch die Herren Landeshauptmänner Pühringer und Niessl. In Linz und Eisenstadt ist der

Ruf der Macht wohl stärker als jeglicher antifaschistischer und demokratischer Grundsatz. Obwohl sich hier die Frage stellt, wie viel an Prinzipien dort jemals vorhanden waren. Überall schwimmt die Grenze zum Rechtsextremismus immer mehr, aber es braucht keine FPÖ in der Regierung, um rechtsextremen Forderungen nachzugeben.

Es regiert die Unvernunft und Angst. Spekulationen und Gerüchte beherrschen die Gesellschaft. Um uns tobt ein Sturm des Hasses. Ich jedoch will, dass diese Gesellschaft wieder eine offene wird, dass diese Gesellschaft wieder zu jener wird, die meinen Vater aufgenommen hat, als er hierher kam und nicht wusste, wohin er gehen soll. Ich will, dass die Menschen, die hier leben, die Demokratie mitgestalten können, egal, welchen Pass sie haben. Ich will, dass zu den Hürden und Prüfungen dieser unserer Zeit vernunftbegabte Menschen an sinnvollen und menschlichen Lösungen arbeiten. Ich will, dass Inhalte und Vernunft anstelle von Panik und Hass die Politik und die Medien bestimmen.

Wir stehen heute hier an einer Kreuzung. Die Frage ist – was tun? Wollen wir wieder Mauern bauen? Wollen Sie, liebe Politikerinnen und Politiker, um die eigene Macht zu erhalten, den Pakt mit den Brandstiftern unterschreiben? Wollen Sie, liebes Publikum, den Brandstiftern - wenn auch nur in Gedanken – Zugeständnisse machen? Ich will nicht dramatisieren – Orbán ist nicht Hitler, und

Strache ist nicht Orbán. Aber Nationalismus und Rassismus greifen um sich und zerstören – und werden weiter zerstören, solange sie den Raum dazu bekommen. Wir stehen heute hier an einer Kreuzung und gehen, so oder so, in eine ungewisse Zukunft. Aber ich bitte Sie, gehen Sie mit Mut. Gehen Sie nicht den einfachsten Weg. Danke schön.

---

 Alexander Cortés

Leistete Gedenkdienst 2009/2010 an der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Theresienstadt, studiert Geschichte und Deutsch auf Lehramt an der Universität Wien und ist Vorstandsmitglied des Vereins GEDENKDIENTST.

Heute gab es Chamsin, ein Wind aus der Wüste, der bringt Hitze mit sich, 30 Grad im April, und Sand oder Staub. Wie man es nimmt. Wenn bestimmte Luftdruckverhältnisse eintreffen, entsteht ein Sog von der Sahara Richtung Nordost, also dorthin wo auch Tel Aviv ist und wo ich bin. Um genau zu sein: an der südöstlichen Grenze der Stadt, in einem Viertel namens *Yad Eliyahu*, mit dreistöckigen Wohnblöcken, die pragmatisch gesehen wie farblos nebeneinandergereihte Blöcke wirken, aber dafür mit viel Grün zwischen den Höfen. Sie beherbergen in vielen Fällen orthodoxe Familien. Es gibt ein Gymnasium für orthodoxe Jungen gleich bei mir um die Ecke, eine Schule für orthodoxe Mädchen dürfte auch nicht weit sein. Ich sehe sie oft im gleichen Bus, mit dem auch ich fahre. Vor acht Monaten, bevor ich herkam, um hier Gedenkdienst zu leisten, hätte ich die typischen Röcke und die charakteristische Weise das Haar zu binden, nicht erkannt. Während so einer Busfahrt zu meiner Arbeitsstelle fällt mir auf, dass mir Worte wie *Säkularismus*, die mir früher als doch recht eindeutige deskriptive Begriffe vorkamen, nun in den Dimensionen, in denen sie meist angewendet werden, mir kaum mehr hinlänglich anwendbar erscheinen. Nicht bei einer Stadt wie Tel Aviv. Als Gedenkdiener kummere ich mich hier in einem privaten Altersheim um betagte Aschkenasim, d.h. Jüdinnen und Juden europäischer (ursprünglich sogar nur österreichischer) Herkunft. Gesprochen wird meist auf Deutsch, während man gemeinsam *Stadt-Land-Fluss* oder *Bingo* spielt. Wenn ich keine Aktivitäten leite, unterstütze ich die Pfleger\_Innen ein wenig bei ihren Tätigkeiten oder treffe einzelne Heimbewohner\_Innen, um mit ihnen zu plaudern. So viel Kaffee und Kuchen habe ich vor diesem Dienst in meinem ganzen Leben nicht konsumiert. Bisher bin ich weder von den Geschichten noch vom Kuchen wirklich satt geworden. Wie viele unterschiedliche Gesichter, Schicksale und Lebensweisen eine einzige Stadt mit weniger als einer halben Million Einwohner\_Innen (ja, den Ballungsraum vielleicht ausgenommen) in sich vereinen, unter ihren Dächern unterbringen kann, ist verblüffend. Zur Veranschaulichung: In zwei Tagen beginnt Pessach, in der sämtliche israelische Supermärkte Regale mit Getreideprodukten (außer dem ungesäuerten Mazze – sowas wie Knäckebrot) verhängen oder zukleben, weil man sie dem jüdischen Brauch gemäß in dieser Zeit nicht einmal ansehen, geschweige denn konsumieren darf. Zwei Monate später findet in derselben Stadt die größte *LGBT-Pride-Parade* Asiens statt. Für die Menschen in Tel Aviv ist da kein Widerspruch zu erkennen. Sie hoffen bloß, dass es nicht zu heiß sein wird.

---

 Johann Ebert

Leistet derzeit Gedenkdienst in *Anita Müller Cohen Elternheim*, Tel Aviv.



## Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU), Mandelbaum, Wien 2016

Angesichts von aktuellen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien in ganz Europa widmen sich die WissenschaftlerInnen der *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (FIPU) in ihrem zweiten Rechtsextremismus-Band – der thematisch an ihren ersten Band aus dem Jahr 2014 anschließt – der Präventionsarbeit jenseits von Feuerwehrfunktion und Allheilmittelfantasien. Sie setzen sich oftmals kritisch mit den vielfältigen Versuchen, antiegalitären Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken und den Schwierigkeiten, auf die diese Vorhaben stoßen, auseinander.

Eine thematische Unterteilung der Artikel liegt nicht vor, allerdings lassen sich Themencluster identifizieren. Zunächst gehen zwei Artikel auf institutionelle Schwächen und Mängel in der Politischen Bildung und im Bildungssektor ein. Problematisiert wird die traditionell schwache Institutionalisierung von Politischer Bildung in Österreich, genauso wie der aktuelle Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen unter dem Schlagwort des *New Public Management*.

In weiterer Folge gehen eine Reihe von Texten auf die Spezifika von Präventionsarbeit ein und thematisieren die Bildung von Ressentiments im Individuum, die oft schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen der Präventionsarbeit, aber auch Vergeschlechtlichungsprozesse. Die Orte dieser Präventionsarbeit sind unter anderem Schulen, Gedenkstätten sowie im Allgemeinen Kontext sozialer Arbeit. Auch die Rolle der Medien in der politischen Bildung wird anhand von Kinder und Jugendliteratur veranschaulicht.

Zwei Beiträge setzen sich kritisch mit Deradikalisierung und ihrer aktuellen Ausrichtung auf Anti-Terrorprävention mit Fokus auf islamistische Tendenzen auseinander. Die AutorInnen bemängeln die größtenteils sicherheitspolitisch orientierte Definition und damit Stigmatisierung spezifischer Zielgruppen. Weiters wird speziell die Sinnhaftigkeit von Deradikalisierungsmaßnahmen bei Jugendlichen in Frage gestellt, da das Weltbild dieser Gruppe noch beständig im Wandel ist.

Ein abschließender Artikel analysiert die Reaktion der Linken auf den gescheiterten Versuch der Etablierung eines Österreichablegers von *Pegida*. Da viele VertreterInnen der Linken in *Pegida* nur das Projekt einer Minderheit sehen würden, verkennen Sie die weite gesellschaftliche Verbreitung rechtsextremer Einstellungen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die AutorInnen der Artikel sowohl die historische Dimension von Politischer Bildung und Prävention als auch deren aktuelle Herausforderungen thematisieren. Die Stärke des Bandes besteht in der Problematisierung der gesellschaftlichen Kontexte, in denen sich Präventionsarbeit abspielt. Teilweise thematische Überschneidungen mit den Arbeiten anderer ForscherInnen – so etwa mit Studien und Überlegungen des Sozialpsychologen Klaus Ottomeyer zum Rechtsextremismus – lassen erkennen, wie groß das behandelte Terrain ist und wie viel Reflexion und praktische Arbeit noch bevorsteht.

Pauli Aro



## Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen

Lucile Dreidemy, Böhlau Verlag, Wien, 2014

An der bis heute widersprüchlichen und emotionalen Debatte über den Austrofaschismus knüpft Lucile Dreidemy mit ihrem Buch *Der Dollfuß-Mythos* an und leistet einen Beitrag, der in seiner Konzeption zweifelsohne neue Wege beschreitet. Unbeeindruckt von der das Regime verharmlosenden Literatur, beschäftigt sich Dreidemy mit Engelbert Dollfuß, ohne dabei eine Biographie im klassischen Sinne zu produzieren. Der Großteil des Buches beschäftigt sich nämlich tatsächlich mit dem posthumen Weiterleben des Diktators. Hierbei steht die Analyse der nach seinem Tod konstruierten Geschichte(n) über sein Leben im Fokus. Wohlgermerkt geht es in dieser Analyse jedoch nicht um *alle* posthume Narrative, sondern nur um jene, die Teil des ‚Dollfuß-Mythos‘ wurden. Dazu gehören nach Dreidemy verbale wie visuelle Erzählungen über Dollfuß Leben, die von komplexen Deutungen dieses Lebens abhalten und es stattdessen auf mythologische Archetypen reduzieren, etwa auf das Bild des ‚Märtyrers‘, oder jenes des ‚Arbeitermörders‘.

Besondere Erwähnung verdient die methodische Konzeption des Buches, um den Mythos für eine sozialwissenschaftliche Analyse fassbar und auswertbar zu machen. Da Dreidemy in dem Mythos ein „komplexes Gefüge von gegensätzlichen aber zugleich teils komplementären und ständig voneinander zehrenden Deutungen“ (S. 19) erkennt, ist ihr gleichzeitiges Verständnis des Mythos als spezifischen Diskurs naheliegend. Einer geschichtswissenschaftlichen Arbeit ist damit nicht automatisch geholfen, denn der Diskurs-Begriff ist gerade in historischen Analysen, wo Entwicklungen nach chronologischen Kriterien von großer Bedeutung sind, oftmals keine Hilfe. Dreidemy umgeht diese Schwierigkeit aber konzeptuell mit dem Verweis auf Achim Landwehrs Historische Diskursanalyse, die die grundsätzliche synchrone, also gleichzeitige Ebene des Diskurses um eine diachrone ergänzt, also um jene Zäsuren, die einen Diskurs im Laufe der Zeit verändern. Für den ‚Dollfuß-Mythos‘ bedeutet das konkret drei voneinander getrennt behandelte Phasen, in denen der Mythos als Diskurs dargestellt und analysiert wird: Seine Geburt im Rahmen des Staatskultes von 1934 bis 1938, seine Zerstörung von 1938 bis 1945, und seine Wiederbelebung nach 1945. Die große Stärke des Buches steckt in der Konzeption des Diskurs-Korpus, oder mit anderen Worten Dreidemys Quellenarbeit. Darin berücksichtigt sie auf allen zeitlichen Ebenen nicht nur eine Vielzahl schriftlicher Quellen, ob Biographien oder Flugblätter, sondern auch visueller Quellen, etwa die heute noch bestehenden Dollfuß-Denkmal quer durch ganz Österreich.

Gerade letztgenannte Denkmäler verdeutlichen die Wichtigkeit von Dreidemys Buch. Es zeigt, dass sowohl in der Vergangenheit, als auch in der gegenwärtigen Situation häufig nicht der Anspruch besteht, über den Diktator Dollfuß im Sinne einer konstruktiven Diskussion zu sprechen. Stattdessen dominieren Bilder, die häufig christlich-sozialen oder sozialdemokratischen Interessen dienen. Das macht Dreidemys Buch zu einer wichtigen Lektüre für alle, denen die Aufarbeitung der österreichischen Vergangenheit ein Anliegen ist. Empfehlenswert sind dabei trotz leicht verständlicher Sprache Vorkenntnisse der Geschichte der 1. und 2. Republik.

Sebastian Dallinger



## Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert

Klaus Taschwer, Czernin-Verlag, Wien 2015

Das im Jahr 2015, dem Jubiläumsjahr der Universität Wien, erschienene Buch von Klaus Taschwer bietet eine umfassende, quellenbasierte Darstellung der Personalpolitik der Universität Wien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum 600-Jahr-Jubiläum der Hochschule 1965. Berufs- und Aufstiegschancen waren an dieser Institution lange von politischen und rassistischen Motiven geprägt. Durch die Rekonstruktion dieser Hintergründe wird der Umgang der Universität mit Wissen, Wissenschaft und den diese produzierenden Personen dargelegt. Der Autor legt sein Augenmerk auf die Nachzeichnung von Entwicklungslinien, die lange vor 1938 einsetzten und nicht nur den Weg durch den Austrofaschismus in den Nationalsozialismus ebneten, sondern Elemente der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, nämlich die Vertreibung von Lehrpersonal, das als jüdisch oder politisch unerwünscht kategorisiert wurde, vorweg nahmen. Diese Ansätze werden mit Beginn der 1920er Jahre greifbar gemacht, wobei besonders auf den antisemitischen Geheimbund ‚Bärenhöhle‘ eingegangen wird. Anhand der Biographien von Schlüsselpersonen wie Othenio Abel, kombiniert mit der Darstellung von Entwicklungen in unterschiedlichen Disziplinen, stellt Taschwer den inneruniversitären Einfluss dieser Gruppe zwischen der Entstehung der Ersten Republik und dem ‚Anschluss‘ dar. Hervorzuheben ist, dass nicht allein die Berufungspolitik, sondern auch (verhinderte) Habilitationen analysiert werden. Antisemitische Ausschreitungen, wie etwa um das I. Anatomische Institut unter Julius Tandler während der 1920er Jahre, werden daneben ebenso rekonstruiert wie mediale Reaktionen auf Selbstpositionierungen des Rektorats. Für diese Darstellungen wurden vor allem zeitgenössische Zeitungsartikel der verschiedenen politischen Lager als Quellen herangezogen, ergänzt durch Archivalien, Statistiken und Bildmaterial.

Der logische Aufbau, die verständliche Sprache und vor allem die Kontextualisierung der Quellen mit den größeren politischen Entwicklungen der Zeit führen den/die LeserIn sehr anschaulich an das Thema heran und hindurch. Auch Personen, die mit der Geschichte der Universität Wien nicht im Detail vertraut sind, werden nicht nur die wichtigsten Akteure – ausschließlich Männer – nahegebracht, sondern auch der Umgang mit Forschung und Wissenschaft an dieser Institution. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang lediglich auf die von Taschwer erwähnten (späteren) Nobelpreisträger, denen eine Karriere an der Universität Wien verweigert wurde. Durch die Einbeziehung der unterschiedlichen Fächer wird veranschaulicht, dass es sich nicht um Einzelfälle oder isolierte Strömungen handelte, sondern um eine gesamtuniversitäre Entwicklung. Besonders deutlich zeigt die Involvierung von Geisteswissenschaftlern in naturwissenschaftliche Berufungen bzw. Habilitationsverfahren den Einfluss der antisemitischen Kartelle. Entwicklungslinien werden nicht straff an den großen politischen Einschnitten des 20. Jahrhunderts festgemacht, sondern der bereits lange zuvor existierende Antisemitismus als Antriebsfeder in den Mittelpunkt gerückt. Dadurch wird dieses Buch zu einer unverzichtbaren Quelle für Personen, die zu Universitätsgeschichte forschen oder sich dafür interessieren.

Ina Friedmann



*Geh Denken!* ist eine Veranstaltungsreihe des Vereins GEDENKDIENTST.

Während des akademischen Jahres finden monatlich wissenschaftliche Vorträge, Podiumsdiskussionen und Gespräche mit ZeitzeugInnen statt.

Die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus bildet dabei den Ausgangspunkt für eine Beschäftigung mit unterschiedlichen historischen Themen, deren Bedeutung im vergangenheitspolitischen Diskurs sowie Fragen der Geschichtsvermittlung.

*Geh Denken!* versteht sich als Beitrag zu einer lebendigen Gedächtniskultur. Im Zentrum sollen die offene Reflexion und Diskussion kontroverser Themen stehen. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen!

Die öffentlichen Veranstaltungen finden bei freiem Eintritt jeweils um 19 Uhr im Veranstaltungslokal *Depot* statt (1070 Wien, Breite Gasse 3, [www.depot.or.at](http://www.depot.or.at)).

Konzept und Organisation:

Linda Erker, Nikolina Franjkić, Jutta Fuchshuber, Ina Markova und Lukas Meissel

[www.gedenkdienst.at](http://www.gedenkdienst.at)

Mit Unterstützung von:  
Studienrichtungsververtretung, *Geschichte an der Universität Wien*, *InstitutsGruppe Geschichte*, *Studienvertretung Romanistik der Universität Wien*

## BürgerInnenkrieg – Faschismus – Erinnerungspolitik

Der Verein GEDENKDIENTST setzt sich dieses Semester aus Anlass des 80. Jahrestags des Beginns der spanischen *guerra civil* mit BürgerInnenkriegen vor dem Hintergrund faschistischer Systeme und Entwicklungen auseinander. Vor allem die geschichtspolitischen *Nachwehen* dieser Ereignisse, d.h. die Auseinandersetzung, Deutung und Instrumentalisierung dieser Konflikte werden beleuchtet. Während Georg Pichler den Semesterschwerpunkt anhand von Spanien thematisiert, beschäftigt sich Natalie Soursos mit dem eher vergessenen BürgerInnenkrieg in Griechenland. Stephan Ruderer befasst sich mit dem geschichtspolitischen Aspekt nach Ende des Pinochet-Regimes in Chile. Abschließend kontextualisiert Ljiljana Radonić die BürgerInnenkriege in Jugoslawien gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Die thematische Achse der Vorträge sind die drei Begriffe Bürger-

Innenkrieg–Faschismus–Erinnerungspolitik im jeweiligen gesellschaftspolitischen und historischen Kontext.

**Mittwoch, 19. Oktober 2016**

### (BürgerInnen-)Krieg um die Erinnerung im post-jugoslawischen Raum

Ausgehend von einem Überblick über den im Zweiten Weltkrieg herrschenden BürgerInnenkrieg in Jugoslawien und die sozialistische Vergangenheitspolitik fokussiert der Vortrag den seit den späten 1980ern tobenden Krieg um die Erinnerung: Jahrelang beherrschte der Streit um die Opferzahlen des kroatischen KZ Jasenovac die Tageszeitungen und in den Kriegen der 1990er-Jahre wurden Symbole der kroatischen Ustaša sowie der serbischen Četnik-Bewegung reaktiviert. In Kroatien betrachtete man die Ereignisse um Bleiburg 1945, insbesondere die Ermordung von Ustaša durch PartisanInnen, als kroatischen Holocaust, während in Serbien das Ustaša-KZ Jasenovac 1941–1945 als die Stätte der jüdischen und serbischen Shoah begriffen wurde. Der in Serbien von den Nationalsozialisten begangene Holocaust interessiert(e) nicht, also fehlt gegenwärtig eine Gedenkstätte auf dem Gelände des KZ Sajmište in Belgrad, in dem vor allem Jüdinnen und Juden ermordet wurden. Viele wännen sich als die Juden von heute: In Kroatien werden die Serben als die neuen Faschisten bezeichnet, während in Bosnien beteuert wird, in den 1990ern von serbischen und kroatischen Nationalsozialisten und Faschisten angegriffen worden zu sein.

Ljiljana Radonić, *Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften*.

**Mittwoch, 16. November 2016**

### Demokratie, Diktatur, Aufarbeitung. Chiles Umgang mit der Vergangenheit

Der blutige Putsch vom 11. September 1973 in Chile beendete das sozialistische Experiment des demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende. Sowohl die Regierungszeit Allendes als auch die siebzehn Jahre dauernde Militärdiktatur unter Augusto Pinochet erfuhr internationale Aufmerksamkeit.

Politische Gewalt auf der Straße und eine starke gesellschaftliche Polarisierung gingen dem Putsch voraus. Diese Polarisierung bestimmte auch die Zeit nach der Diktatur ab 1990 und die politischen Versuche, die Vergangenheit Chiles aufzuarbeiten. Der Vortrag wird einen Schwerpunkt auf die unterschiedlichen Etappen der offiziellen Vergangenheitsaufarbeitung in Chile seit 1990 bis in die Gegenwart legen. Es werden die zentralen Maßnahmen (wie Wahrheitskommissionen, Verfahren, Erinnerungspolitik) angesprochen sowie die politischen Interpretationen der Vergangenheit untersucht. Die Zeit der Regierung Allendes, der Putsch und die Militärdiktatur werden in den Blick genommen, um den historischen Hintergrund für Vergangenheits- und Erinnerungspolitik in Chile herauszuarbeiten.

Stephan Ruderer, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Promotion über Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

**Montag, 12. Dezember 2016**

### Der Faschismus in Griechenland – Die Metaxas-Diktatur, ihre Vorgänger und Vorbilder

Die griechische Zwischenkriegszeit war geprägt von einem Wechsel der Regierungsform von der Monarchie zur Republik (1924) und wieder zurück (1935), von acht Staatsstreich und drei Diktaturen. Am 4. August 1936 etablierte der ehemalige General Ioannis Metaxas sein Regime des Vierten August. Unterstützt von König Georg II., dem Sicherheitsapparat und der von ihm gegründeten Jugendgruppe *Nationale Organisation der Jugend* (EON) sowie mit Hilfe von Repressionen und der Unterdrückung der kommunistischen Partei blieb Metaxas bis zu seinem Tod im Januar 1941 an der Macht. Nur wenige Monate später besetzten deutsche Truppen gemeinsam mit italienischen und bulgarischen Streitkräften Griechenland. Die Metaxas-Diktatur steht damit zwischen der turbulenten Zwischenkriegszeit und der Besetzung Griechenlands gefolgt von einem blutigen BürgerInnenkrieg, der bis 1949 andauerte. Im Vortrag soll die Diktatur in Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in Griechenland davor und danach interpretiert werden. Zentrale Fragen werden sein: Wie ist die

Metaxas-Diktatur im Vergleich zu den faschistischen Diktaturen Europas interpretierbar? Gibt es personelle und inhaltliche Kontinuitäten der Metaxas-Diktatur nach 1941? Welche Rolle spielt das 4. August-Regime in der griechischen Erinnerungskultur bis heute?

Nathalie Patricia Soursos, Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Institut für Byzantinistik und Neogräzistik* der Universität Wien.

**Mittwoch, 25. Jänner 2017**

### 80 años no es nada – Die Aktualität des Spanischen BürgerInnenkriegs

Mehr als achtzig Jahre sind seit dem Beginn des Spanischen BürgerInnenkriegs (1936–1939) vergangen, doch ist er bis heute ein Thema, das heftige soziale und politische Debatten zu provozieren imstande ist. Einerseits haben die fast vierzig Jahre der Franco-Diktatur eine Geschichtsversion des Kriegs festgeschrieben, die in breiten Teilen der Bevölkerung immer noch unhinterfragt übernommen wird. Andererseits liegen auch heute noch mehr als 114.000 Überreste von ermordeten Republikanern in den Massengräbern oder an den Straßenrändern, wo sie im BürgerInnenkrieg verscharrt worden waren. Der lange Prozess aus der Diktatur über die sogenannte *transición*, den Übergang zu einer monarchistischen Demokratie, bis in die Gegenwart macht zahlreiche Spannungen deutlich, die in bestimmten Momenten aufbrechen und zeigen, dass die Spaltung der Gesellschaft, die im BürgerInnenkrieg auf äußerst gewaltsame Weise aufbrach, bis heute nicht tatsächlich überwunden ist.

Georg Pichler ist Professor für Deutsche Sprache und Literatur an der Universidad de Alcalá in Madrid. Buchveröffentlichung zum Thema: *Gegenwart der Vergangenheit. Die Kontroverse um den Bürgerkrieg und die Diktatur in Spanien* (2013).

### Offenlegung

#### Medieninhaber, Verleger, Herausgeber:

GEDENKDIENTST – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog (ZVR-Zahl: 934402937)

**Vorstand:** Michael Spiegl (Obmann), Olivia Kaiser-Dolidze (stv. Obfrau), Paul Kuglitsch (Schriftführer), Alexander Cortés (stv. Schriftführer), Moriz Kopetzki (Kassier), Philipp Bohatschek (stv. Kassier), Lukas Dünser, Linda Erker, Jutta Fuchshuber, Patrick Gyasi, Christian Hanl, Bernhard Jordan, Florian Jordan, Fritz Kainz, Sybilla Kastner, Sarah Knoll, Ina Markova

**Geschäftsführung:** Nikolina Franjkić

**Sitz:** Margaretenstraße 166, 4. Stock, 1050 Wien

**Unternehmensgegenstand:** Der Verein GEDENKDIENTST ist eine parteipolitisch wie konfessionell unabhängige Non-Profit-Organisation. Die Vereinstätigkeit umfasst historisch-politische Bildungsarbeit sowie die Entsendung von Freiwilligen und Zivilersatzdienstleistenden an Forschungszentren, Gedenkstätten, Opferbetreuungseinrichtungen und pädagogische Institutionen.

**Grundlegende Richtung:** Die vierteljährlich erscheinende Zeitung *GEDENKDIENTST* ist Organ des Vereins GEDENKDIENTST – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog. Sie befasst sich in erster Linie mit Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus sowie dessen Ursachen und Folgen; darüber hinaus auch mit Faschismus, Rassismus und Antisemitismus. Dabei stehen die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus und die daraus resultierenden Entwicklungen im Mittelpunkt des Interesses. Zudem dokumentiert *GEDENKDIENTST* die Aktivitäten des Vereins.